

München, 03.04.2020

Zoologische Gärten und Tierparke stehen vor besonderen Herausforderungen

Tierschutzexpertinnen Fehlner und Müller fordern Unterstützung durch die Staatsregierung

In die Diskussionen über Hilfen und Erleichterungen für betroffene Branchen und Angestellte in Bayern im Zuge der Corona-Pandemie wurden bisher die Zoologischen Gärten und Tierparke in Bayern nicht mit einbezogen. Aber auch diese stehen jetzt vor großen Herausforderungen, wie die beiden tierschutzpolitischen Sprecherinnen der BayernSPD-Landtagfraktion **Martina Fehlner** und **Ruth Müller** unterstreichen. In einem [Brief](#) an den zuständigen Staatsminister Glauber fordern sie daher einen finanziellen Rettungsschirm in Form einer Bürgschaft oder von Kompensationsmaßnahmen durch die Staatsregierung.

Die Zoologischen Gärten und Tierparke kämpfen zurzeit mit wegbrechenden Einnahmen durch Eintrittsgelder und Gastronomie bei gleichbleibenden Kosten für Mitarbeiter, Tiere und Energie. Fehlner macht deutlich: „Zoologische Gärten und Tierparke sind keine Wirtschaftsunternehmen, deren Produktion heruntergefahren oder stillgelegt werden kann. Sie sind wissenschaftliche Einrichtungen und außerschulische Lernorte mit einem klaren Bildungsauftrag. Ihr Betrieb läuft 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr, auch ohne Besucherinnen und Besucher. Die Tiere müssen weiter gefüttert, gepflegt, betreut und medizinisch versorgt werden.“

Besonderes Augenmerk müsse auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und hier vor allem auf das qualifizierte Tierpflegepersonal gelegt werden, ergänzt Müller: „Hier sind besondere Schutzmaßnahmen notwendig, denn niemand darf in Gefahr gebracht werden. Krankheitsbedingte Ausfälle wären nur schwer kompensierbar.“

Das Frühjahr und die Osterferien sind in der Regel Haupteinnahmezeiten für Zoos und Tierparke. Diese Erlöse fallen nun weg. „Ein finanzieller Rettungsschirm in Form einer Bürgschaft oder durch Kompensationsmaßnahme seitens der Staatsregierung würde den Einrichtungen Sicherheit für ihre Mitarbeiter und die weitere Versorgung der Tiere bringen“, betont Fehlner. Die finanzielle Unterstützung sollte sofort greifen, wenn die Einrichtungen sich in einer konkreten finanziellen Notlage befinden.

[Schreiben an Staatsminister Glauber \(PDF, 2,55 MB\)](#)